

**Motion Fraktion SVPplus (Peter Wasserfallen, SVP): Grimselstaumauer – Stadt Bern für Erhöhung, egal ob in Zukunft Kernkraftwerke gebaut werden oder nicht**

Energie aus Wasserkraft = saubere, erneuerbare, grüne Energie.

Egal, wie sich die Schweiz in Zukunft in Sachen Kernkraftwerke entscheiden wird.

Egal, ob man im Falle von neuen KKW die Stauseekraftwerke weiterhin auch als Pumpspeicherkraftwerke brauchen wird.

Egal, ob man im Falle keiner neuen KKW die Stauseekraftwerke als dann nunmehrige Primärenergielieferanten der Schweiz brauchen wird.

Egal, welche Energiesparmassnahmen man einführen wird, solange sie nicht wirklich einschneidend sein werden und allen weh tun werden.

Mehr Menschen, mehr Elektronik in der Zukunft = mehr Energiebedarf.

Höhere Grimselstaumauer = einfach bewältigbare Neuanpflanzung der dann ertrunkenen Arvenbäume notwendig. Ertrunkene Arvenbäume und deren Neuanpflanzung = kleines Übel.

Höhere Grimselstaumauer = wesentlich mehr gespeicherte Wasserkraft. Energie aus Wasserkraft = saubere, erneuerbare, grüne Energie.

Der Gemeinderat wird deshalb hiermit beauftragt:

1. Durch die Beteiligung vom stadteigenen ewb an den Kraftwerken Oberhasli (KWO) für eine rasche Erhöhung der Grimselstaumauer zwecks Beseitigung von zwangsläufig in Zukunft eintretenden Stromversorgungsengpässen zu sorgen.
2. Sich für dieses Anliegen bei anderen Städten und Gemeinden, welche direkt oder indirekt an den KWO beteiligt sind, einzusetzen.

Bern, 02. Juli 2009

*Motion Fraktion SVPplus (Peter Wasserfallen, SVP):* Peter Bühler, Erich J. Hess, Simon Glauser, Ueli Jaisli, Robert Meyer, Jimmy Hofer, Rudolf Friedli

**Antwort des Gemeinderats***Zu Punkt 1:*

Am 13. Mai 2009 hat der Gemeinderat die neue Eignerstrategie für Energie Wasser Bern (ewb) verabschiedet. Zur Realisierung des darin festgeschriebenen Atomausstiegszeitpunkt 2039 muss ewb in erneuerbare Energien investieren. Konkret müssen Ersatzkapazitäten von umgerechnet 11 Gigawattstunden (GWh) pro Jahr geschaffen werden, um das ehrgeizige Ziel erreichen zu können. Die auf die Eignerstrategie abgestützte Produktionsstrategie von ewb konkretisiert den Zielpfad zur Umsetzung der Eignerstrategie und nimmt die Unterstützung des Investitionsvorhabens KWO plus als eine der wesentlichen strategischen Stossrichtungen auf.

Mit seiner Entscheidung vom 20. Februar 2009 hat das Bundesgericht bestätigt, dass die Erhöhung der Grimselseestaumauer eine Änderung der Konzession bedingt und das Projekt des-

halb im Rahmen eines Konzessionsverfahrens beurteilt werden müsse. Zurzeit erarbeitet die Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) das Konzessionsgesuch. Dieses soll im Verlaufe des nächsten Jahrs beim Kanton Bern eingereicht werden. Der Regierungsrat des Kantons Bern unterstützt das Investitionsvorhaben KWO plus, da dieses u.a. auch einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energiestrategie des Kantons Bern leistet. Der Kanton hat zur Begleitung des Konzessionsverfahrens eine Gruppe eingesetzt, der Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten und betroffenen Kreise angehören. Der Kanton vermittelt in den Diskussionen zwischen diesen Kreisen.

Aus Sicht des Gemeinderats sind damit sämtliche Voraussetzungen erfüllt, um die anstehenden Arbeiten im Hinblick auf die notwendige Konzessionsänderung zügig und lösungsorientiert voranzutreiben. Die politische Diskussion in der Stadt Bern über die Beteiligung von ewb am Projekt der KWO kann erst nach vorliegenden rechtskräftigen Entscheiden des Kantons geführt werden. Gestützt auf Artikel 28 des Reglements Energie Wasser Bern vom 15. März 2001 (ewb-Reglement, ewr; SSSB 741.1) werden sich die Berner Stimmberechtigten zu einer Beteiligung von ewb am Projekt zur Vergrösserung der Grimselseestaumauer äussern.

#### *Zu Punkt 2:*

Die Stadt Zürich, der Kanton Basel-Stadt und ewb sind mit je einem Sechstel der Aktien am Partnerwerk der KWO beteiligt. Die andere Hälfte der Aktien ist im Besitze der BKW FMB Beteiligungen AG. Die vier Partner (und Aktionäre) der KWO stehen in ständigem gegenseitigen Kontakt und verfolgen die politischen Entwicklungen im Kanton Bern und bei den Partnerstädten aufmerksam. Dieser Austausch wird zum einen auf Ebene der Organe, namentlich des Verwaltungsrats gepflegt. Die Partner haben überdies eine Begleitgruppe eingesetzt, deren Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung (auch der Stadtverwaltung Bern) und des operativen Managements der Partner angehören. Diese Gruppe setzt sich insbesondere mit den juristischen Aspekten der Verfahren auseinander. Ferner werden auch die Kommunikationsbedürfnisse unter den Partnern abgesprochen und koordiniert. Hierbei ist indessen dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Partner in ihren Entscheiden autonom sind und für die politische Entscheidungsfindung unterschiedliche Verfahren (und Kompetenzordnungen) gelten. Mit den erwähnten Massnahmen kann der Informationsaustausch und die Koordination der Bemühungen der einzelnen Partner hinreichend sichergestellt werden. Weitergehende Massnahmen sind nach Ansicht des Gemeinderats auch hier nicht notwendig.

#### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Keine.

#### **Antrag**

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 16. Dezember 2009

Der Gemeinderat